

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Strafantrag im Krupp-Prozess.

Gegen Krupp 15 Jahre, gegen seine Direktoren 10 Jahre Gefängnis.

Berlin, 8. Mai. (W.B.) Im Krupp-Prozess beantragte der Staatsanwalt, Krupp und seine Direktoren eines Komplotts gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen schuldig zu sprechen. Er beantragte gegen Krupp von Bohlen 15 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe. Gegen die Direktoren Bruhn, Hartwig, Desterler und Schäfer 10 Jahre Gefängnis, gegen die abwesenden Direktoren Cohn und Schraepfer 20 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, gegen Groß 10 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe. Die Bemessung der Strafe gegen Müller überließ er dem Gerichtshof.

In der heutigen Verhandlung ergriff zunächst der Vertreter der Anklage, Kapitän Duesth, das Wort. Seine Anklage geht vor allem dahin, daß die Flugblätter, die während der Demonstration verteilt wurden, aus dem Propagandabureau stammen. In der Kruppischen Feuerwehr hätten ehemalige Schupo-beamte Anstellung gefunden. Eingekaufte Angestellte seien zu Spionage- und Sabotageakten mißbraucht worden. Das alles sei mit der Sicherheit der Truppen unvereinbar. Krupp als der Chef der Werke, der seine Leute nach den „Befehlen, die er aus Berlin erhalten hat“, zum passiven Widerstand aufgefordert habe, trage die meiste Verantwortung, und neben ihm die übrigen Direktoren. Groß habe offen zum Widerstand aufgefordert. Die Angeklagten Gerlich, Sorgenicht und Smuda haben infolge der Erregung gehandelt.

Als erster Verteidiger sprach Rechtsanwalt Dr. Grimm.

Eisenbahnerausweisungen.

Frankfurt a. M., 8. Mai. (W.B.) Im Direktionsbezirk Mainz sind am 5. Mai 91 Eisenbahnbedienstete und am 6. Mai 10 Eisenbahnbedienstete ausgewiesen worden. Außerdem sind noch verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden.

Aöln, 8. Mai. (W.B.) Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Trier meldet, haben die Franzosen im benachbarten Ehrang heute 50 Eisenbahnsfamilien aus ihren Wohnungen, sowohl Privats- wie Dienstwohnungen, vertrieben, ohne daß ihnen die geringste Möglichkeit gelassen wurde, irgend etwas von ihrer Habe mitzunehmen. Die Frist zum Verlassen der Wohnungen betrug zehn Minuten.

Französische Besorgnisse.

Die Angst vor der englischen Einmischung.

Paris, 8. Mai. (E.E.) Der „Matin“ führt heute an leitender Stelle, sichtlich offiziös inspiriert, aus, man habe Lord Curzon über die Antwort an Deutschland nicht befragen können, weil man ihm sonst die größte Verlegenheit bereitet hätte. Denn wenn Lord Curzon Frankreich ermutigt hätte, in der Ruhraktion fortzufahren, so hätte er sich selbst desaniert. Hätte er aber gefordert, Frankreich solle eine Aktion einstellen, so hätte er wiederum die Neutralität preisgegeben, die Bonar Law bisher in wohlwollender Weise beobachtet habe, und Lord Curzon hätte damit gegen Frankreich eine feindselige Haltung eingenommen. Man hätte es deshalb verstehen können, wenn Lord Curzon Poincaré dafür gedankt hätte, daß er ihm diese Verlegenheit ersparte. Der „Matin“ fährt fort, man werde weder vom Reichskanzler Dr. Cuno noch von dessen etwaigem Nachfolger Stresemann ein neues Reparationsangebot annehmen, solange Deutschland nicht seine Kapitulation ausgesprochen habe. Seit vier Monaten führe Frankreich den Kampf gegen Deutschland, und das Reich stehe damit, diesen Kampf zu verlieren. Es habe daher gar keine Bedeutung, ob Deutschland die angebotene Reparationssumme um einige Milliarden erhöhe oder nicht; sondern es müsse sich als „geschlagen“ erklären und seine Politik des Widerstandes aufgeben. Wenn Deutschland durch eine Ermüdung Englands dazu gebracht würde, seine Kapitulation zu vermeiden und Englands Unterstützung zu einem neuen „zweideutigen“ Angebot fände, so könnte es seinen Widerstand weiter fortsetzen und sich damit vollkommen ruinieren. Wenn also Lord Curzon irgendeine Anregung gäbe, daß Deutschland ein neues Reparationsangebot machen möge, so würde Frankreich es nicht anerkennen. Der letzte Hinweis Englands, der Deutschland irgendwelche Ermüdung gäbe, würde die schwersten Folgen nach sich ziehen.

Auch der „Petit Parisien“ erklärt, daß Frankreich kein neues deutsches Reparationsangebot anerkennen würde, solange Deutschland sich nicht als geschlagen bekenne. Das Blatt beschwört England, Deutschland in seinem passiven Widerstand nicht zu bestärken. Wenn Lord Curzon in der Antwort, die er der Reichsregierung erteilen werde, die Verlegung eines neuen Reparationsangebots verlangen sollte, so würde er den Anschein erwecken, als ob er die Rolle des Schiedsrichters übernehmen wolle. Den Interessen der Entente würde er damit nicht dienen. Der „Petit Parisien“ erklärt, es wäre im Augenblick besser, wenn der Gedankenaustrausch nur unter den Alliierten fortgesetzt würde, um Frankreichs Aktion im Ruhrgebiet nicht zu schwächen. Durch den französischen Botschafter in London Grafen St. Aulaire sei Lord Curzon übrigens bereits beauftragt worden, daß Frankreich derartigen Bepredungen nicht ausweichen würde.

Vor der britischen Antwort.

London, 8. Mai. (W.B.) Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ mitteilt, wird die britische Antwort voraussichtlich darauf hinweisen, daß das deutsche Angebot für zu geringfügig angesehen werde und unmittelbar eine Erörterungs-

grundlage zu bieten, und daß die britische Regierung daher nicht erkaunt sei, daß die Alliierten sie in ihrer augenblicklichen Gestalt für unannehmbar hielten.

„Times“ widmet der bevorstehenden britischen Note an Deutschland einen Leitartikel, in dem sie schreibt, die abgesonderte französisch-belgische Antwort sei ein erster diplomatischer Fehler, der um so mehr zu bedauern sei, als die deutsche Note trotz ihrer Mängel der Ausdrucksweise einen wesentlichen Fortschritt, verglichen mit der früheren Haltung Deutschlands, darstelle. Schließlich sei es doch Aufgabe der Finanzfachverständigen, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu bestimmen. Die Aktion Frankreichs gebe der britischen Regierung eine größere Freiheit, ihre eigene Antwort zu erteilen, und es sei zu hoffen, daß sie die Gelegenheit voll ausnütze, indem sie sich auf den Hauptpunkt der deutschen Note konzentriere, nämlich auf das Angebot, die Reparationsfrage einer internationalen Entscheidung zu unterbreiten. Es würde mit der britischen Politik übereinstimmen, wenn die Regierung einen besonderen Versuch machte, Deutschland zu überreden, sein Angebot neu zu erklären. „Times“ bezeichnet die französische Antwortnote als sehr unkaufmännisch. Die für die separate französische Aktion gegebenen Gründe seien zwar verständlich, aber nicht überzeugend. Das Blatt hebt hervor, daß Deutschland keinerlei Anleihe erhalten könne, solange das Ruhrgebiet, das Herz des industriellen Deutschlands, von den Franzosen besetzt sei.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, in diplomatischen Kreisen habe gestern eine zuverlässigere Stimmung geherrscht. Das britische Kabinett werde die britische Note in ein bis zwei Tagen veröffentlichen. Diese Note werde wahrscheinlich Deutschland einladen, ein neues annehmbares Angebot zu machen. In einem Leitartikel schreibt „Westminster Gazette“, die Ereignisse der letzten Tage genügen sicher, um den vollständigen Bankrott der Regierungspolitik der „wohlwollenden Impotenz“ (Miquiths Worte im Unterhaus) in auswärtigen Angelegenheiten zu enthüllen. Man müßte weit in der Geschichte zurückgreifen, um einen Fall zu finden, wo England bei Verhandlungen von großer Wichtigkeit, die es sehr nahe berührten, so vollständig ignoriert worden sei. Die augenblickliche Lage sei zu demütigend für England. Das Blatt schließt mit den Worten: Wir können nicht fortfahren, der schlafende Partner in der Entente zu sein.

Revolte im Brandenburger Zuchthaus.

Brandenburg a. d. H., 8. Mai. (W.B.) Gestern abend gegen 11 Uhr kam es in der Brandenburger Strafanstalt zu einer Revolte, die eine Fortsetzung des Aufruhrs war, der Anfang April wegen der Herabsetzung der Verpflegungsration ausbrach. Am Nachmittag war der Präsident des Strafvollzugsamts im Zuchthaus, um über eine Reihe von Forderungen zu verhandeln, die von den Gefangenen aufgestellt waren. Dem Verhandeln nach handelte es sich um die Forderung auf Raucherfreiheit, Leisefreiheit, Erhöhung des Arbeitslohnes auf 1000 M. pro Tag und Verstärkung der Verpflegung. Als die Forderungen nicht erfüllt wurden, brach gegen 11 Uhr der Aufruhr aus. Die Gefangenen zerlegten die Einrichtungsgeskanne ihrer Aufenthaltszelle, zertrümmerten die Fensterscheiben, verflachten eine Wand zu durchbrechen und warfen die Einrichtungsgegenstände aus den Gitterfenstern auf den Hof hinaus. Ein Schaden, der hoch in die Millionen geht, ist dadurch angerichtet worden, daß ein Teil der Gefangenen sich daran machte, das Dach des Zuchthausgebäudes abzudecken.

Die im Zuchthaus stationierten Beamten waren den von einer blinden Zerstörungswut besessenen Gefangenen gegenüber machtlos. Sie wurden aus dem Innengebäude herausgezogen und dann griff die schnellig alarmierte Polizei ein. Die Innenhöfe des Zuchthaus und die Strafen wurden von den Polizeibeamten und den städtischen Polizisten abgesperrt, so daß der Verkehr im Zuchthausviertel für etwa zwei Stunden sehr stark behindert war. Gegen die oberen Stockwerke des Zuchthausgebäudes wurde dann dauernd Feuer aus Karabinern unterhalten. Eine Beobachtung der einzelnen Vorgänge war jedoch in der Dunkelheit unmöglich, doch wurde verkündet, daß gegen die Gefangenen geschossen würde, wenn sie sich an den Fenstern zeigten. Bis nachts 1/2 war der Aufruhr noch nicht unterdrückt. Die Direktion der Strafanstalt teilt mit, daß irgendwelche Verwundungen oder Erschießungen nicht vorgekommen sind.

Brandenburg, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die polizeiliche Absperrung, die verhindern sollte, daß die Revolte der Zuchthäuser weiter um sich griff, hält auch heute morgen noch an. Die Revolte spielte sich im Innern des Zuchthaus ab, entflohen ist von den 800 Schwerverbrechern, die dort inhaftiert sind, niemand. Dagegen geht der Sachschaden, der durch die zerstörungswilligen Gefangenen verursacht wurde, in viele Millionen.

Die Börse wartet.

Die Berliner Börse eröffnete heute in unsicherer Haltung. Die erwarteten hochpolitischen Reden führender Staatsmänner des In- und Auslandes fallen gerade in die bevorstehende mehrtägige Unterbrechung des Börsenverkehrs. Deshalb zeigt die Spekulation besonders im Devisenverkehr eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Auch der Effektenmarkt wollte sich anfangs nicht recht beleben. Der Dollar wurde gegen mittag mit 36 500 gehandelt.

Prag und Hamburg.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie.

Von Rudolf Slonov.

Prag, Anfang Mai 1923.

Am Vorabend des 1. Mai übergab der Arbeitsausschuß der Kommission für die Regelung und den Ausbau der Sozialversicherung dem Minister für soziale Fürsorge Genossen Habermann einen fertigen Gesetzentwurf über die allgemeine Sozialversicherung (Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter und Angestellten), dem ebensolche weitere Gesetzentwürfe über die Sozialversicherung von selbständig im Gewerbe und in der Landwirtschaft tätigen Personen sowie über die Unterstützung von erwerbsunfähigen, über 60 Jahre alten Leuten folgen werden. Die Ausarbeitung dieser Gesetzentwürfe ist ein Erfolg der zielbewußten und planvollen Tätigkeit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und in erster Linie ein Verdienst des Vorsitzenden des obgenannten Ausschusses, des Abgeordneten Genossen Dr. Leo Winter. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie legt der Arbeiterschaft durch die Sozialversicherung die Frucht ihrer positiven Arbeit vor. Zwar wird die Sozialversicherung voraussichtlich auf heftigen Widerstand der bürgerlichen Parteien stoßen, doch besteht kein Zweifel daran, daß der Entwurf Gesetz werden wird.

Auch die Feier des ersten Mai in der Tschechoslowakei hat bewiesen, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie trotz allen Anfeindungen immer mehr an Boden gewinnt. In den sozialdemokratischen Organisationen herrscht reges Leben, und die abtrümmig gewordenen Genossen, die bereits die ganze Hohlheit der kommunistischen Phrasen erkannt haben, strömen zahlreich in die Partei zurück.

In den Klub der Abgeordneten trat vor kurzem der ehemalige Theoretiker der Partei, Abgeordneter Franz Modratschek, der sich im Jahre 1918 von der Partei lossagte und eine eigene fortschrittlich-sozialistische Partei gründete, als Hospitant ein. Seine Partei hat sich schon fast gänzlich aufgelöst. In einem bisher ungeklärten Verhältnis zur Partei steht die neue Fraktion der „Sozialistischen Vereinigung“. Sie setzt sich zusammen aus den sogenannten unabhängigen Sozialdemokraten, die sich feinerzeit von den Kommunisten losgelöst haben, und aus dem linken Flügel der tschechischen Sozialisten (Nationalsozialisten), der erst vor einigen Wochen aus dieser Partei ausgetreten ist resp. aus ihr ausgeschlossen wurde (der ehemalige Minister Dr. Brbenek, der Führer des „Freien Gedankens“ Dr. Barišoket, die Frauenrechtlerin Van-dová-Schtychowa u. a. m.). Diese beiden Fraktionen sind noch nicht vereinigt, sie bestehen als selbständige Parteien, dürften sich jedoch bald verschmelzen, da ihre Anhängerschaft eine sehr geringe ist. Obwohl sie von den Kommunisten umschmeichelt werden, bestehen zwischen ihnen und diesen große Gegensätze und werden sie, falls sie positive sozialistische Politik werden treiben wollen, früher oder später denselben Weg wandeln müssen wie jetzt Modratschek.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie wird angegriffen, weil sie in der Koalition vertreten und insolge dessen „Regierungspartei“ ist. Es ist gewiß viel populärer, in der Opposition zu sein und Kritik zu üben, als durch die Teilnahme an der Führung der Staatsgeschäfte für die Interessen des sozialen und kulturellen Fortschritts aktiv tätig zu sein. Die Teilnahme an der Leitung des tschechoslowakischen Staates ist im Interesse des Sozialismus notwendig und die künftige Entwicklung der Dinge wird das Vorgehen der Partei rechtfertigen. Sie kann die Leitung des Staates nicht von mehr oder minder reaktionären bürgerlichen Parteien überlassen, da diese ohne die sozialdemokratische Kontrolle alle demokratischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zunichte machen würden. Sie muß die Angriffe der Bourgeoisie abwehren und darauf dringen, daß für die Arbeiterschaft auch wirklich etwas getan wird. Es ist im Interesse des Sozialismus gelegen, daß die Sozialdemokratie einen noch größeren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte als bisher ausübt, und es war direkt ein Verbrechen, das die Kommunisten am Proletariat begingen, als sie durch ihre Spaltung der Sozialdemokratie vor zweiundeinhalb Jahren das politische Gewicht der arbeitenden Klasse schwächten. Die Verhältnisse in der Tschechoslowakei sind außerdem derart, daß ohne die Sozialdemokratie ein Regieren auf die Dauer nicht möglich ist. Daß durch diese Teilnahme an der Koalitionsregierung die Partei auch in die Lage kommen kann, bei Maßnahmen mitzumischen, die nicht geradezu populär sind, hängt eben mit dem Uebergewicht der bürgerlichen Parteien in dieser Koalition zusammen, doch bemüht sich die Partei auch bei solchen Anlässen ernsthaft, alle Härten zu mildern, wie z. B. bei dem Abbau der Staatsbeamtenbezüge.

Etwas anderes wäre es natürlich, wenn statt der bürgerlichen Parteien die Sozialisten in überwiegender Anzahl in der Regierung vertreten wären. Dies wäre unter der Regierung des Genossen Tusa möglich gewesen, als noch die große einheitliche Partei bestand und die tschechische Sozialdemokratie sich an die deutschen Genossen wegen ihres Eintritts in die Regierung wandte. Man muß zwar den schweren Stand vollkommen begreifen, den die deutschen Genossen in der Tschechoslowakei haben, im Interesse der gemeinsamen sozialistischen Sache muß jedoch nur bedauert werden, daß es zu einer Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei bisher nicht gekommen ist.

Die tschechoslowakische Partei hat durch ihre Teilnahme an der Regierung die Republik gefestigt, und es wurde auch von deutscher Seite oft hervorgehoben, daß die Existenz der Tschechoslowakischen Republik im Interesse der mitteleuropäischen Demokratie gelegen ist. Von je stärkerem demokratischen und sozialen Geiste das ganze Staatswesen der Tschechoslowakei durchdrungen ist, desto ersprießlicher ist dies alles für die Demokratie der Nachbarstaaten. Die Tschechoslowakei hält das reaktionäre, habsburgische Maggarien im Schach und verhindert die Vereinigung der bayerischen Reaktionäre mit den Wiener Aristokraten, die besonders jetzt gern einen Dreiecksbund Bayern-Ungarn-Österreich schaffen würden. Schon deshalb ist es in Anbetracht aller etwaigen internationalen Verwicklungen und Uebergriffungen dringend notwendig, daß die Tschechoslowakei ein demokratisches Staatswesen auch weiterhin bleibe und die Arbeiterschaft den wöchentlich größten Einfluß auf die Leitung des Staates ausübe.

Der sogenannte tschechische „Regierungssozialismus“ ist also auch vom internationalen sozialistischen Gesichtspunkt aus betrachtet etwas Notwendiges, auch schon deshalb, weil die Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung die chauvinistischen Gelüste der bürgerlichen Parteien stets zu vereiteln bemüht sind. Man kann übrigens auch nicht leugnen, daß in der Tschechoslowakei in der letzten Zeit die reaktionären Parteien, insbesondere die Merkisten, stark gewachsen sind und auf dem Lande großen Zulauf aufweisen. Das Verdienst, die Merkisten so zahlreich gezüchtet zu haben, gebührt vornehmlich den Kommunisten, von deren gemeinen und rohen Verleumdungen angewidert, die Massen sich von jeder Politik loszogen oder sich der Kirche in die Arme warfen. Schon deshalb muß die Sozialdemokratie ihren Einfluß zu verstärken trachten und den Sozialismus gegen die Angriffe der Reaktion schützen.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie, die ihre Vertreter zum internationalen Kongreß nach Hamburg entsendet, hofft, daß dieser Kongreß ihre Taktik als die unter den gegebenen Verhältnissen einzig mögliche anerkennt wird. Der Hamburger Kongreß, dem die große Aufgabe zufallen wird, die alte Internationale des Proletariats wiederherzustellen, wird gewiß auch auf die Schaffung einer internationalen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakischen Republik Einfluß nehmen.

Parlament und Polizei.

Es ist weiter nichts als selbstverständlich, daß die kommunistische Partei und Presse nach außen hin das Verhalten ihrer Landtagshelden deckt, so sehr auch mancher einzelne in der KPD darüber den Kopf schütteln mag. Natürlich muß behauptet werden, daß die aus dem Landtag entfernten Abgeordneten die reinen Unschuldengel sind, Opfer der bürgerlichen oder der sozialdemokratischen Verfolgungssucht. Da aber sonst nicht recht einzusehen wäre, wieso diese Verfolgungssucht plötzlich so heftig ausgebrochen sein soll, hat man sich eine höchst komplizierte Erklärung dafür zurechtgelegt: die Sozialdemokraten wollen im Bunde mit Stimmes die deutschen Arbeiter an Vouchur verraten, und damit die Kommunisten das nicht verhindern können, werden sie niedergedrückt.

Natürlich werden auch die Vorgänge von 1912 zum Vergleich herangezogen. Damals wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Julian Borchardt gewalttätig aus dem Landtagsaal entfernt und war dabei von seinem Fraktionskollegen Leinert geschützt worden. Jener Vorgang war eine Episode im Wahlrechtskampf der Arbeiter gegen das Dreiklassenparlament. Der preussische Landtag war vor der Revolution überhaupt keine Volksvertretung im heutigen Sinne. In einer wirklichen Volksvertretung achten wir das demokratische Prinzip, das Dreiklassenwahlrecht hatte auf solche Achtung keinen Anspruch.

Im Kampfe wofür oder wogegen haben die kommunistischen Landtagshelden die skandalösen Szenen der letzten Tage heraufbeschworen? Das ist eine Frage, auf die sie uns die Antwort schuldig bleiben. Das ganze war nichts als ein sinnloser Skandal. Und das ist es, was diesen Vorgang

so gemein und verächtlich macht, was ihn in gewissen Szenen nahebringt, die sich spät nachts in manchen Kneipen ereignen.

Es ist erfreulich, daß sich die KPD für die Rechte der Abgeordneten eines demokratischen Parlaments jetzt so empfindlich zeigen. In Rußland war es bekanntlich anders. Dort wurden nicht etwa einzelne Abgeordnete, die ruhestörenden Lärm verübten, von der Polizei herausgeholt, sondern die ganze Volksvertretung wurde vom Militär auseinandergejagt.

Die deutschen Kommunisten sollten dieser Handlung begünstigten Beifall und verteidigen sie auch heute noch. Wir dagegen halten jeden gewalttätigen Eingriff in die Rechte eines demokratischen Parlaments für ein Verbrechen, wir stehen aber auch einem solchen Parlament selber das Recht zu, sich gegen Ruhestörer und Rabauken zu schützen. Von den Landtagskommunisten wird nichts anderes verlangt, als daß sie sich einigermaßen als zivilisierte Menschen benehmen, dann wird niemand ihren Abgeordnetenrechten zu nahe treten.

Kaz prophezeit die Weltrevolution.

Die Burlesque, die die Kommunisten gestern im Landtag ausführten, hat eine tiefere Bedeutung, als man bisher annehmen konnte. Sie ist der Auftakt zur Weltrevolution. Das muß man wenigstens annehmen, wenn man den Deklamationen Glauben schenken will, die Herr Kaz in einer kommunistischen Protestversammlung an seine gläubigen Hörer richtete. Er behauptete, der Bürgerkrieg sei auf dem Marsche, man solle in den Betrieben für große Revolution werden, der die Weltrevolution folgen müsse. Wie die Wege und Ziele dieser Weltrevolution aussehen, führte der Kampfgenosse des Herrn Kaz Herr Piek näher aus. Er sagte u. a., das Ziel des Proletariats müsse die Errichtung der Diktatur im ganzen Reiche sein, so wie sie heute in Sachsen bereits durchgeführt sei. (!) Die KPD werde jetzt eine Delegation zum Präsidenten des Preussischen Landtags senden, um ihn aufzufordern, den Ausschußantrag rückgängig zu machen. Man werde ferner den allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auffordern, zum Protest gegen dieses System der Runttomachung von Arbeitervertretern zu protestieren. — Man hat demnach berechtigte Hoffnung zu der Annahme, daß die Weltrevolution des Herrn Kaz mit einer Rückkehr seiner Fraktionskollegen in den Landtag und zu manierlicheren Sitten enden wird.

Fortsetzung der Rüpelszenen.

Im Landtag haben die Kommunisten heute ihr trauriges und beschämendes Spiel von gestern wiederholt. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte die Abg. Frau Geisse (Komm.) erneut die kommunistischen Anträge auf Entfernung der Polizei ein. Sie ergreift sich dann in maßlosen Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie und erklärt, die Kommunisten müßten es ablehnen, in diesem Parlament zu verhandeln, solange nicht die Polizei aus dem Hause entfernt sei.

Alsdann meldet sich der Kommunist Eberlein und beantragt die Abfertigung der Diskussion über den Kultusetat, weil es in den Tagen der größten Kulturschwäche des Preussischen Landtags eine Schändlichkeit wäre, über Kultur zu reden. Der Redner erhält einen Ordnungsruf wegen des Ausdrucks „bürgerliche Reute“.

Hierauf erklärte Genosse Heilmann zur Geschäftsordnung: Zu unserem Bedauern sind wir in einer Geschäftsordnungsdebatte nicht in der Lage, die vollkommen falsche Darstellung, die die Abgeordneten Geisse und Eberlein zu den Vorgängen der letzten Tage gegeben haben, richtigzustellen. Wir stellen nur fest, was hier geschehen ist, hat mit irgendwelchen politischen Vorgängen im Reiche oder im Ruhrrevier gar nichts zu tun. Es war lediglich Notwehr gegen monatelang fortgesetzte Beschimpfungen und gegen den Versuch einer kleinen Minderheit, die Arbeitsmehrheit des Parlaments planmäßig zu sabotieren. (Unruhe bei den Kommunisten.) Wir achten jede Freiheit und jedes Recht, aber dieses Recht hat seine Grenze, da, wo eine Minderheit versucht, mit den brutalsten Mitteln der übergrößen Mehrheit des Parlaments ihren Willen aufzuzwingen. Die Schuld an allen den schändlichen Vorgängen der letzten Tage, auch daran, daß Polizei in dieses Haus gerufen werden mußte, tragen allein diejenigen, die die Ordnung des Hauses dauernd aufs gründlichste gestört haben. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir werden gegen diese planmäßige Ordnungsstörung alle die Mittel anwenden, die nötig sind, um den ungeführten Gang un-

terer Verhandlungen zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt aus lehnen wir jetzt die kommunistischen Anträge sämtlich ab, fahren in unserer sachlichen Beratungen fort und erklären den Kommunisten: Ihr Verhaßten, den Landtag an seiner sachlichen Arbeit durch rohe Gewalt zu hindern, wird an unserer eisernen Entschlossenheit scheitern. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nach dem Genossen Heilmann erklärte Kommunist Dahlem, daß die Kommunisten vor Beginn der Wiederaufnahme der Debatte die Entfernung der Polizei aus dem Hause unter allen Umständen verlangen. „Ich komme aus dem Ruhrgebiet und ich finde, daß dort unter den französischen Besatzen mehr Freiheit besteht als hier in Preußen. (Stürmische Empörung im Hause.) Das Vorgehen gegen die Kommunisten bedeutet nichts anderes als die Verschleierung der Kapitulation vor Poincaré.“ (Stürmische Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Nachdem die Redezeit des Kommunisten abgelaufen ist, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Gegen die Besprechung der kommunistischen Anträge wird im Hause Widerspruch erhoben. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst einige kleinere Vorlagen.

Hierauf erhält das Wort in der Fortführung der Debatte über den Kultusetat der Demokrat Hoff. Als der Redner beginnen will, fangen die Kommunisten an zu toben und zu rufen: „Die Polizei raus, die Polizei raus!“

Präsident Leinert erklärt: Geben Sie sich keine Mühe, die Polizei kommt nicht heraus, solange sie ihre Proklamationen fortsetzen! Übermals erhält der Abg. Hoff das Wort. Übermals erhebt sich der Lärm bei den Kommunisten. Eine Fortführung der Debatte ist unmöglich.

Präsident Leinert erklärt deshalb: Ich werde dem Landtag gleich Ruhe verschaffen. Die Abgg. Eberlein, König-Welkenfels und Dahlem werden von der Sitzung ausgeschlossen.

Da die Abgeordneten nicht freiwillig gehen, wird die Sitzung unterbrochen.

Von der Tribüne ertönen an verschiedenen Stellen Rufe wie: „Die Arbeiter werden schon Abrechnung halten.“

Daraufhin erklärt der Präsident, daß die Tribünen für das Publikum geräumt werden.

Strefemanns „Absichten“.

Zu den Gerüchten, Strefemann beabsichtige das Kabinett Cuno zu stürzen und seine im „Tag“ erschienene Polemik gegen Spanien sei als sein Regierungsprogramm anzusehen, bemerkt der Pressedienst der Deutschen Volkspartei: „Alle diese Behauptungen entbehren jeder sachlichen Grundlage! Weder besteht irgendwelche Absicht, die gegenwärtige Regierung, die im weitesten Umfange das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes besitzt, zu stürzen, noch haben leitende Männer der Regierung die Absicht, sich aus Gesundheitsrücksichten oder aus anderen Gründen in das Privatleben zurückzuziehen. Es handelt sich um völlig haltlose Gerüchte, die entweder frei erfunden sind oder zur Verfolgung bestimmter Zwecke verbreitet werden. Es liegen auch keine Tatsachen vor, die die Ansicht rechtfertigen, als wenn in der Zusammensetzung der bisherigen Regierung durch Zuziehung anderer Parteien irgendwelche Änderungen beabsichtigt seien. Wenn Dr. Strefemann in seiner Eisenacher Rede von einer weitgehenden Einigung innerhalb des deutschen Volkes gesprochen hat, so ist dadurch mit keinem Worte angedeutet, daß diese Einheit nunmehr auch in der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kommen müßte. Es handelt sich vielmehr um den allgemein vertretenen Gedanken, daß, unter Ablehnung jedes Radikalismus von links und rechts, alle Volksteile mit Rücksicht auf die Not der Zeit zusammenstehen müssen.“

Der badische Landtag hat mit allen gegen vier kommunistische Stimmen den Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner zum Präsidenten gewählt.

Das autonome Remelgebiet. Der litauische Ministerpräsident Galvanauskas verleiht im Namen der litauischen Regierung die Autonomie für das Remelgebiet. Der Vorsitzende des Landesdirektoriums, Gailius, gab die Erklärung ab, daß das Landesdirektorium zurücktrete, jedoch die Geschäfte weiterführen werde, bis der neue Präsident ernannt sei.

Die Freilassung Cahins. Der Abgeordnete Marcel Cahin und die mit ihm angeklagten Kommunisten, die des Mientats gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates beschuldigt sind, wurden Montag nachmittag provisorisch in Freiheit gesetzt.

Eine Rechenstunde.

Von Theodor Thomas.

„Mit der Rechnerei ist wieder mal nichts.“ Lehrer Frühauß blickt gekümmert verzweifelt in seine Klasse und sehnfüchtig gleich darauf durchs Fenster. „Was die Ziffer bedeuten, kommt doch gar nicht in Betracht. Ob ich sage: Ein Ei kostet acht Pfennige oder achtshundert Mark, ist für das Beispiel gleich. Also nicht immer diese Seitenprünge. Run mal los mit deracht, Hartmann.“

Der schnurrt herab: „Acht, sechzehn, vierundzwanzig, zweiunddreißig, vierzig, sechsundvierzig.“

„Halt, Unsinn, sechs mal acht ist?“ Keine Antwort.

„Wenn Du sechs Eier kaufst, das Stück zu acht, acht.“

Die ganze Klasse zieht die diversen Mäuler, Mäuler, Guschel, Ränder, Schnauzen breit. „Was ist denn schon wieder?“ schreit Frühauß.

Niemand gibt Antwort. Der Lehrer fährt sich nervös durchs Haar.

„Also, das mit dem Ei geht nicht, da habt Ihr recht.“ Pause.

„Rechnen wir ein Streichholz, das acht Pfennige kostet.“

„Alles lobt vor Bergmügen.“ Herr Lehrer, ein Schächtelchen kostet achtzig Mark, fuffzig sind drinne, da kostet schon eins bald zwei Mark.“

„Das leuchtet ein.“ Die Kinder lachen immer noch weiter.

„Ja, was nehmen wir denn da als Exempel?“

„Herr Lehrer, wo der Dollar auf 36 000 steht, gibts nach dem kleinen Einmaleins überhaupt nichts.“

„Ich verbiete ein für allemal diese Dreiredererei. Was kümmert Euch der Dollar? So, auf 36 000 steht er? Woher weißt Du denn das?“

„Ei, von meiner großen Schwester, die hat welche.“

„Sehr interessant.“ Frühauß perdestimmend zwischen den 56 Buben auf und ab. Niemand weiß, was in seinem Kopfe vorgeht. „Weiben wir diesmal doch beim Ei. Rechnen wir an, sie kosteten achtshundert Mark, denkt Euch dann die Nullen weg, was kosten sechs, Hartmann?“

„Wir können keine nicht lösen, wir lösen blos Cipulver. Eier, meent Rutter, lösen blos die reichen Leute, wir essen blos Pulver.“

„Fauler Ausreden. Rechnen wir an, wir wären reich und könnten uns sechs Eier kaufen, was kosten sie, Köhler?“

„Da müßte ich erst wissen, was der Wiederbeschaffungspreis ist. Wenn das Ei mit acht verkauft wird, und ich muß es dann mit zwölfe einkaufen, ist kein Geschäft zu machen.“

„Teufel noch mal.“ brüllt der Lehrer wütend, „also dann soll der Wiederbeschaffungspreis acht sein, was kosten dann sechs Eier?“

„Zweiundsiebzigshundert Mark.“ schreit Köhler, der Sohn eines Händlers.

„Du Riefendromedar, sechs mal acht, ist das zweiundsiebzig?“

„Rein —, aber beim Wiederbeschaffungspreis von acht ist der Verkaufspreis zwölfe, das ist doch im Kleinhandlerverein extra beschlossen worden.“

„Du bist ein Affe. Wir rechnen doch nur gedachterweise.“

Der kleine Richter ist eben in die Klasse getreten. Berhört, Strafe. Er klettert in die Bank zum Jakob und wispert dem was ins Ohr.

Jakob Köhler hebt den Finger: „Herr Lehrer, der Dollar ist auf 41 000 gestiegen, da ist der Eierpreis überhaupt nicht zu halten.“

„Jetzt ist mir zu dumm. Ich verlange, daß Ihr alle Rechen- dinge auslacht. Ich bestimme mal, das Ei kostet einfach achtshundert Mark — basta.“

„Oho, da müssen Sie sich aber erst mit der Preisprüfungsstelle in Verbindung setzen. Aber ehe die in Funktion tritt, kostet das Ei sicher vierzehn.“ ruft der Schüler Kleinböhl.

Kleinböhl, Du Rabennich, halt nun endlich Dein großes Maul. Wie pfeifen auf die Prüfungsstelle, wir bestimmen hier den Preis.“

„Dann kommt das Buchergesicht und setzt Sie fest.“ behauptet Köhler.

Jetzt haut Frühauß dem Jakob eine Lachtel ins Gesicht, die nicht von schlechten Eltern ist. „Ungezogener Lumpenkerl!“ schreit der Lehrer seuerrot. „Also Ihr wollt nicht, gut, ich werde Euch schon kriegen.“ Die beiden Stürmadern legen sich vor, — rennt wie wütend im Zimmer auf und ab. „Was bekommt man also denn für acht, acht . . .?“

„Einen Bleistift, eine Kerze.“

„Gut, gut. Also eine Kerze. Ich kaufe somit sechs Kerzen zu acht Mark. Die beiden Nullen wieder wegzudenken. Was kosten sie?“

„Aber es gibt doch immer nur eine, Herr Lehrer.“

„Wieso denn?“ „Nun, die werden gestreckt, und dann muß man auch noch Seifenpulver mitnehmen, wenn man eine Kerze will, also da ist nicht zu machen.“

„Das ist Bucher.“ schreit ein Bub. „Ich gebe Dir gleich Bucher.“ ruft Jakob Köhler, „das ist vom Lebensmittelamt zugelassen.“

Die zwei Buben gehen auseinander los. Da klingelt es, und die Rechenstunde ist zu Ende. Lehrer Frühauß gibt einen Ton der Erleichterung von sich und seufzt: „Lieber Gott, behüte mich vor dem kleinen Einmaleins.“

Grauerden über Nacht. In Romanen lesen wir oft davon, daß der Held oder die Heldin durch ein tragisches Erlebnis so erschüttert wird, daß er „über Nacht grau“ wird. Diese Erscheinung wird aber nicht nur von der blühenden Phantasie der Dichter geschüßert, sondern es gibt tatsächlich eine Reihe einwandfrei bezeugter Fälle, in denen das Haar innerhalb von wenigen Stunden grau geworden ist. Das Grauerden ist zumeist eine Folge des Alters, tritt aber frühzeitig auch bei jüngeren Menschen auf. Manchmal erfolgt es ganz all-

mählich, indem es alle Haare in Mitleidenschaft zieht, so daß die Färbung langsam und kaum sichtbar abnimmt, bis schließlich das graue Haar da ist. Viel häufiger aber ist ein verschleiertes Verhalten der Haare, so daß zunächst einzelne Stellen grau werden, besonders an den Schläfen, während die anderen Haare noch ihre ursprüngliche Farbe bewahren. Das Haar ist dann mit grauen Stellen gesprenkelt. Nicht selten treten zunächst nur solche einzelne graue Stellen auf, und die Natur zögert dann noch gleichsam damit, den Menschen in das „Gressentum“ zu drängen, begnügt sich mit diesen Zeichen des Alternens, während das vollständige Ergrauen erst viel später einsetzt. Die Ruancierungen sind sehr verschieden und reichen von einem leichten Grau des Haares bis zur schlohweißen Bildung.

Das Grauerden wird hervorgerufen durch das Fehlen der Pigmentierung und durch das Auftreten winziger Luftbläschen in der Haarsubstanz. Meistens wirken beide Faktoren beim Grauerden zusammen. Das Haar wird, auch wenn die Pigmentierung nicht abnimmt, durch das Auftreten von Luftbläschen in seiner Färbung stark beeinträchtigt. Dieser Vorgang gibt nun eine Erklärung für das „Grauerden über Nacht“ an die Hand. Es ist möglich, daß infolge plötzlicher Erregungen sich sehr schnell Luftbläschen in den äußeren Zellen der Haarsubstanz bilden, die sie undurchsichtig machen, so daß das Pigment verdunkelt wird. Schwere Krankheiten, die den ganzen Organismus beeinflussen, bilden vielfach die Grundlage für dieses plötzliche Grauerden; ebenso angestrengte geistige Arbeit, große seelische Erschütterungen oder nervöse Chocks. Diese Dinge, die das Grauerden beschleunigen, können es in seltenen Fällen auch in ganz kurzer Zeit hervorrufen. Nicht minder selten als die Erscheinung des Grauerdens über Nacht ist die, daß grau gewordenes Haar seine ursprüngliche Farbe wiedergewinnt. In einem Falle wurden Kopf- und Barthaare eines Mannes erst weiß und dann wieder schwarz, und dieser Wechsel trat in 30 Jahren dreimal ein.

Vorträge. Mittwoch, 8 Uhr, eröffnet R. W. Goldschmidt in der Urania einen auf 5 Abende berechneten Vortragszyklus „Humor in der neueren deutschen Dichtung.“ — Von Busch bis zu den „Narren“. Es sollen hier Proben der humoristischen Dichtung von Busch, Villenrot, Arnolds, Kelle, Bierbaum, Ludwig Thoma, Christian Morgenstern, Klönd, Hans Reimann u. a. kritisch beleuchtet und durch zahlreiche Regitationen veranschaulicht werden.

Musik. Das aus 130 Musikern bestehende Orchester der Gewerkschaft Deutscher Volk- und Leisegrabenbeamten veranstaltet unter Leitung seines Dirigenten, Prof. Theodor Grauert, am 9. Mai, 7½ Uhr, in der Villenharmonie ein Wohlthatigkeitskonzert zum Besten unserer bedrängten Volksgenossen im Rhein- und Ruhrgebiet.

Die Truppe.* In Berlin haben ein paar bederkte Männer wirklich ein Ensemble zusammengestellt: Berthold Viertel, der Regisseur des Staatstheaters, und Reinhard Bruß haben „Die Truppe“ begründet. Nummer hat auch „Die Truppe“ zwei Stätten für ihre Wirksamkeit gefunden: Das Lustspielhaus, in dem sie täglich vom 1. Sept. bis 1. Januar spielen wird, und das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg, das ihr an einigen Tagen der Woche zur Verfügung stehen wird.

Die Philharmoniker in der Schweiz. Die beiden großen Konzerte des Berliner Philharmonischen Orchesters in der Kathedrale von Lausanne und in der Viktoriahalle in Genf hatten einen außerordentlichen Erfolg.

Ruhebefehung und Besitzbesteuerung.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Infolge der Ruhebefehung sind die Ausgaben des Reiches ungeheuer gewachsen. Die Einnahmen aber nur in ganz geringem Maße. Das Defizit im Reichshaushalt ist dadurch beträchtlich gestiegen. Die schwebende Schuld des Reiches von Januar bis Ende April auf das Vierfache angewachsen. Dieser Zustand ist finanzwirtschaftlich außerordentlich gefährlich.

Er ist zugleich eine große Gefahr für die Stützungaktion der Mark. Je schlechter die Finanzen des Reiches, je größer die Zunahme des Notenumlaufes, um so schwerer ist die Stützungaktion durchzuführen. Eine Erhöhung der Reichseinnahmen ist infolgedessen dringend erforderlich. Da die Geldentwertung die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer sowie alle anderen Verbrauchssteuern stark gesteigert hat, die veranlagten Steuern aber sowohl vom Einkommen als auch vom Vermögen in demselben Maße zurückgegangen sind, so ist eine stärkere Belastung des Besitzes nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig und gerechtfertigt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb zum Etat des Reichsfinanzministeriums folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstage bis zum 5. Juni 1923 einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kosten des Reiches, die durch den Einbruch Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet entstanden sind, durch eine Belastung der hohen Einkommen und Vermögen gedeckt werden.

Das Einkommen, das vorwiegend aus Arbeit oder aus festverzinslichen Wertpapieren, Hypotheken usw. besteht, ist hierbei freizulassen. Dagegen ist von den für Körperlichkeiten bei der Vermögensbesteuerung geltenden Vergünstigungen Abstand zu nehmen.“

Der Antrag wird bei der Beratung des Finanzetats, die heute im Reichstage stattfindet, mitberhandelt werden.

Arbeiterpolitik und Ruhrkampf.

Anlässlich der Beratungen des Haushalts des Reichsministeriums hatte die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuss den Antrag gestellt, den im neu- und altbesetzten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Wiedereinstellung gesetzlich zu sichern. Die bürgerlichen Parteien glaubten nach Ablehnung dieses Antrages die Ruhrkämpfer mit einem Beschluß absperrn zu können, wonach die jetzt entlassenen Arbeiter und Angestellten bei späteren Neueinstellungen „bevorzugt“ werden sollen. Angeführt dieser Herausforderung unserer Kameraden im Ruhrgebiet erneuerte die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag im Plenum und verlangte nunmehr unter Berücksichtigung aller vorgebrachten sachlichen Bedenken die sofortige Vorlage eines Rotgesetzes, „durch das den seit der Ruhebefehung im neu- und altbesetzten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitnehmern das Recht auf Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung in allen nicht vollkommen stillgelegten Betrieben gewährleistet wird. Weitere Kündigungen und Entlassungen sollen in den genannten Betrieben während der Dauer der Ruhraktion nicht ausgesprochen werden dürfen. Die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung geltenden Bestimmungen über fristlose Entlassungen bleiben von diesem zu erfassenden Rotgesetz unberührt.“

In der Generaldebatte appellierte Genosse Aufhäuser an die bürgerlichen Parteien, ihre wiederholten Liebeserklärungen für die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nun endlich in die Tat umzusetzen. In der Spezialdebatte erinnerte Genossin Toni Sender daran, in wieweit unmissbar Weise das Reich die Unternehmer im besetzten Gebiet begünstigt habe, um ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu sichern.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion schließlich die namentliche Abstimmung beantragte, um so die Reichstagsabgeordneten aller Parteien zu einem klaren Bekenntnis zu bewegen, stellten die bürgerlichen Parteien den Antrag, die Angelegenheit an einen Ausschuss zurückzuweisen. Der Hinweis von sozialdemokratischer Seite, daß es sich zunächst lediglich um die Willensfindung des Reichstags handle und die ausgearbeitete Gesetzesvorlage ohnehin nach an den Ausschuss gelangen werde, also der jegliche Ueberweisungsantrag lediglich eine Verhinderung darstelle, hatte keinerlei Wirkung. Die bürgerlichen Parteien benutzten ihre Mehrheit, um die ihnen unangenehme Abstimmung zu umgehen, indem sie die Ueberweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss beschloßen. Die Sozialdemokratie wird diesem Schachzug zu begegnen wissen und im Sozialpolitischen Ausschuss die sofortige Behandlung der Angelegenheit verlangen. Dabei wird sich zeigen, daß das ganze geschäftsordnungsmäßige Manöver der bürgerlichen Parteien nur gemacht worden ist, weil man Gegner dieses eigentlich selbstverständlichen Antrages ist.

Der württembergische Minister des Innern Graf ist am Nachmittag des 7. Mai im Krankenhaus nach vielmögiger Krankheit gestorben. Er ist immer ein stark rechts gerichteter zielbewußter Zentrumspolitiker gewesen, der bis zum letzten Atemzug sein Amt liebte, um so keine Aenderung seiner Politik zu erdulden. Seine Sympathie mit der bayerischen Regierung trägt die Schuld, daß die nationalsozialistischen Organisationen auch in Württemberg sich immer dreister gebärden konnten. Im Interesse des Landes wäre es schon zu wünschen, wenn der Nachfolger Grafen ein größerer Freund der demokratisch-republikanischen Entwicklung wäre.

Devisenkurse.

	8. Mai		7. Mai	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	14189.43	14260.57	14663.25	14766.75
1 argentinische Papier-Peso	13107.15	13172.85	13575.97	13644.03
1 belgischer Franc	2077.29	2087.71	2159.58	2170.42
1 norwegische Krone	6134.62	6165.38	6319.16	6350.84
1 dänische Krone	6753.07	6786.93	6942.60	6977.40
1 schwedische Krone	9825.57	9874.43	9950.06	9999.54
1 finnische Mark	—	—	1029.42	1034.58
1 japanischer Yen	17955.—	18045.—	18254.—	18446.—
1 italienische Lire	1766.57	1775.43	1822.98	1832.07
1 Pfund Sterling	167390.82	168169.88	173066.25	173933.75
1 Dollar	36284.06	36465.94	37555.87	37744.13
1 französischer Franc	2418.95	2426.05	2493.75	2506.25
1 brasilianischer Milreis	8890.25	8909.75	8985.06	8994.94
1 Schweizer Franc	6558.56	6591.44	6758.06	6791.94
1 spanische Peseta	5586.12	5583.88	5685.75	5714.25
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	52.18	52.44
1 tschechische Krone	—	—	1110.21	1115.79
1 ungarische Krone	—	—	6.93	6.97
1 bulgarische Lewa	—	—	286.28	287.72
1 jugoslawischer Dinar	—	—	891.02	894.98

Die Straßenbank.

Das Gehen, selbst das Spaziergehen und Schneiden in den Straßen der Großstadt ist kein besonderes Vergnügen. Der Berliner zumal verzichtete früher gern auf die Möglichkeit, mittels der eigenen Gehwerkzeuge sich fortzubewegen: er fuhr für 10 Pf. mit der Straßenbahn oder für 5 Pf. mit dem Sechseromnibus. Jetzt, wo die Tarife auf dreistellige Zahlen lauten, ist es anders geworden, und der Richtautobesitzer schwankt zwischen Engha und Charibdis: hier die teure Fahrgelegenheit, dort die Abnutzung der Einzelfußsohlen. Aber unzweifelhaft wird mehr gegangen als früher. Namentlich wo es sich um kürzere Wegstrecken handelt, für die das Fahrrad denn doch zu „happig“ ist. Aber die vier- und halben Stunden, die man gehend zubringt, summieren sich, und auch ein rüstiger Fußgänger fühlt mal das Bedürfnis, sich auszuruhen. Leider fehlt es sehr an Bänken, die man kostenlos benutzen kann.

Man hat früher wohl geglaubt, darauf kein Gewicht legen zu sollen, und der Ruf gewisser Sitzgelegenheiten, der Sammelplatz von Beandrüdern und Lippeschiffen zu sein, hat von einer Vereinstellung zahlreicher Stuhlbänke abgesehen. Wie gesagt, die Zeiten sind andere geworden, und die arbeitenden Männer und Frauen sehnen sich nach dem harten Holz einer Gratisbank. Wäre es nicht eine schöne Tat unserer vielen, so überraschend reich gewordenen Mitbürger, hier als „Stifter“ aufzutreten. Die Bank, die ihrer Freigebigkeit zu danken wäre, könnte ihren Namen tragen; sie könnte, ja sollte „künstlerisch“ gestaltet sein, unter Billigung der Formen durch eine Jury, und, so ausgeführt, würden sie dem Stadtbild zur Zierde gereichen. Nichts Trostloseres als viele unserer langen Straßen, in denen kümmerliche Bäume sich bemühen, etwas „Stimmung“ zu machen — würde ihre Monotonie durch Bänke unterbrochen werden, so läge der Wanderer nicht die endlos sich dehrende Straße vor sich, die er zu durchmessen hat. „Es fehlt an Platz“, wird der Gegner jeglicher Reue sagen, aber wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. Und in den Hauptverkehrsstraßen könnten die Bänke auch fehlen und in die Seitenstraßen verwiesen werden.

Also auf, denkt an die ewige Dauer der Worte: gestiftet von R. R. — die euch und wahrscheinlich auch euer Ansehen und euren Reichtum überleben werden!

„Liebe bricht die stärksten Riegel!“

150-Millionen-Einbruch am Schöneberger Stadtpark.

Ein Großindustrieller, der am Stadtpark Schöneberg wohnt, hatte, durch die allgemeine Unsicherheit veranlaßt, die Eingänge zu seiner Wohnung mit den allermodernsten technischen Sicherheitseinrichtungen versehen lassen, so daß sie eher Festungstore als gewöhnlichen Wohnungstüren glichen. Jetzt dachte er gegen jeden Einbruchversuch vollkommen geschützt zu sein. Ein bekannter Einbrechertrio aber machte alle seine Vorkehrungen unwirksam.

Bei der Familie dienten seit einiger Zeit zwei junge Mädchen, die Geschwister Lotte und Elise Berg aus Reddenburg. Beide blieben allein in der Wohnung, als die Familie am Sonntagmorgen in vollem Vertrauen auf die Sicherungsmaßnahmen eine Ausfahrt unternahm. Bei ihrer Rückkehr fand die Familie die Wohnung ausgeplündert. Die Behältnisse waren zum Teil mit den richtigen Schlüsseln geöffnet, zum Teil erbrochen. Für 150 Millionen Mark Tafelsilber, Wäsche, Pelze, Kleidungsstücke usw. waren gestohlen. An den Eingangstüren war keine Spur irgendeiner Beschädigung zu finden. Kriminalkommissar Bennat, der Leiter des zuständigen Dezernats, und seine Beamten überfahen alsbald die Lage und nahmen Lotte Berg und ihre Schwester ins Gebet. Lotte hatte vor einigen Sonntagen auf einem Tanzveranstalten einen jungen Mann kennen gelernt, der sich ihr als Kurt Haase vorstellte. Dieser hatte sie am Sonntag wieder abgeholt und als Kavalier ihre Handtasche getragen, die auch das Band mit allen Kunstschlüsseln enthielt. Auch ihre Schwester Elise war ausgegangen. Sie hatte von einer Freundin Elisabeth Böhmer eine Theaterkarte erhalten und mit ihr das Theater besucht. Elisabeth Böhmer, die nun auch vernommen wurde, gestand, daß auch sie seit kurzer Zeit einen Freund hatte. Er hatte ihr beide Billets geschenkt, weil er, wie er sagte, am Sonntagabend zufällig keine Zeit hatte, selbst mit ihr das Theater zu besuchen. Dieser unbekanntes Freund, dessen Namen sie nicht einmal weiß, war ohne Zweifel der Spitzhelfer des „Kurt Haase“, der ihm, während er mit dem harmlosen Lottechen stieflich tanzte, die Kunstschlüssel zugestreckt hatte, so daß er bequem aufschließen und die Wohnung ausräumen konnte. Von der großen Beute ist noch keine Spur gefunden. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Befolgung von 10 Millionen ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Bennat im Zimmer 104 des Polizeipräsidiums entgegen.

Kommunisten und Bismarckbändler.

Einen Zusammenstoß zwischen Anhängern der Bismarck-Jugend und der kommunistischen Jugend gab es gestern Abend im Norden Berlins. Eine Berliner Polizeikorrespondenz berichtet darüber folgendes: „Jungmänner der Drisgruppe Theodor Körner hatten in ihrem Lokal in der Eisener Straße 4 einen sogenannten Restabend. In der Gemeindehalle in der Auguststraße 68 versammelten sich junge Kommunisten. Auf dem Wege zum Vereinslokal wurden nun drei „Bismarcker“ in der Jägerstraße von Kommunisten angefallen. Die Bismarcker begaben sich daraufhin nach der Auguststraße, um festzustellen, ob die Angreifer sich unter den dort versammelten Kommunisten befänden. Diese hatten aber Beobachter ausgestellt und zogen, als sie die Bismarcker kommen sahen, von der Straße zurück nach dem Koppelpfad. In der Ecke der Eisener und Großen Hamburger Straße kam es dann nach Schimpferei zu einem tätlichen Zusammenstoß. Angeblich soll hier aus den Reihen der Kommunisten ein Schuß gefallen sein. Darauf griff auch der Führer der Bismarcker, die sich in dem Haus der Auguststraße 4 zurückgezogen hatten, zur Waffe und schoß zweimal, nachdem er die Gegner aufgefordert hatte, zurückzugehen. Ein Schuß traf den Arbeitersohn Polnia in die Hüfte. Beamte der Schutzpolizei machten dem Austritt ein Ende und nahmen 13 Beteiligte, 4 Kommunisten und 9 Bismarcker, vorläufig fest. Einigen wurden Faustkugeln und Schlagringe abgenommen. Die näheren Ermittlungen sind noch im Gange.“

Reformen der Volkswohlfahrtspflege.

Die Zentrale für private Fürsorge hatte am Montag ihre Hauptversammlung. Nach Gedankenworten für zwei Verstorbene, den früheren Vorsitzenden Dr. Alb. Leng und den besonders in der Jugendfürsorge tätig gewesenen Dr. C. Friedberg, gab das Vorstandsmittglied Rechtsanwalt Walter Schmidt den Jahresbericht. Die Verwaltung hat weiter um sich gegriffen, aber die Zentrale mußte ihre Hilfeleistung auf das Nötigste beschränken. Aus Mangel an Mitteln hat sie auch ihren Beamtenapparat stark einschränken müssen. Ihr Kinderheim in Priesdorf ist in Bringsbetrieb übergegangen. Das Archiv der Zentrale wurde dem Reichsarbeitsministerium übernommen. In dem neuen Geschäftsjahr werden den Vorsitz wieder Frau Bronsky und Rechtsanwalt Schmidt führen. Die Versammlung hörte dann drei Referate über Reformen der Wohlfahrtspflege. Stadträtin Wenzl, Vorsitzende des Jugendamts Berlin, sprach über die Notwendigkeit einheitlicher Familienfürsorge. Die Verteilung der in den einzelnen Zweigen der Wohlfahrtspflege erforderlichen Fürsorgearbeit auf verschiedene Fürsorgereinen muß vermieden werden. Das liegt im Interesse dieser Arbeit, aber auch der Pflinglinge. Die Refe-

rentin erwähnte, daß an den Ausgaben der Stadt Berlin diejenigen für Wohlfahrtszwecke 1914 mit 14 Proz. beteiligt waren, aber 1923 mit 24 Proz. beteiligt sein werden. Obermagistratsrat Collaß vom Zentralwohlfahrtsamt Berlin forderte enges Zusammenarbeiten der privaten Fürsorge mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege, die ohne jene nicht auskommen könne. Frau Bronsky, die jegliche Vorarbeiten der Zentrale für private Fürsorge, betonte die Notwendigkeit gesetzlicher Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege, wie das Reichsarbeitsministerium sie bereits anstrebt.

Levy-Spaniolas Verbrecherfahrten.

Der 100-Millionen-Diebstahl in der Pension Korfu.

Der vielgenannte Ludwig Levy, der bekannter unter seinem Verbrechernamen Spaniola ist und der seit langem in allen möglichen Strafprozessen gesucht worden ist, wurde heute vormittag der 6. Strafkammer des Landgerichts III, die unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge tagte, vorgeführt, um sich an der Spitze seiner ganzen Familie und einer Reihe anderer Personen, die von der Beute Anteil bekommen haben sollen, zu verantworten.

Am 30. Oktober 1922 waren dem Rechtsanwalt Ferrando Szano aus Lima in Peru binnen kurzer Zeit, in der er das Zimmer unbeaufsichtigt gelassen hatte, seine gesamten Wertsachen, die vorwiegend aus Kreditbriefen, Dollars und Franken bestanden, sowie wertvolle Schmuckstücke gestohlen worden. Levy war mit dem Schlosser Baumgärtner, einem viel bestraften Genkemann-Einbrecher in die Pension gegangen und hatte mit Nachschlüsseln die Tür geöffnet. In einem Koffer hatte er das Eigentum des Peruansers unbeteiligt fortgeschafft. Der Diebstahl war das Werk weniger Minuten gewesen. In derselben Weise hatten die beiden Gauer noch zahlreiche andere Pensionsdiebstähle verübt, für die sie sich in der nächsten Woche vor der Strafkammer des Landgerichts I verantworten sollen. Levy-Spaniola, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, ist jetzt 21 Jahre alt, sieht aber noch jugendlich aus. Die Verteidiger beantragen, den Angeklagten zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer Anstalt zu überweisen und die Verhandlung vorläufig auszusetzen. Das Gericht beschloß, den Gefängnismedizinalrat Dr. Lipke über den Geisteszustand Levys zu vernehmen. Der wegen Heisterlei mitangeklagte Flugzeugführer Hermann Hennig, der gegen Kaution aus der Haft entlassen worden war, ist flüchtig und soll sich im Ausland befinden.

Das Hungerbrot des Adressenschreibers.

Adressenschreiber hatten sich schon immer darüber zu beklagen, daß sie ganz besonders eind entlohnt wurden. Mit welchem Lohn in dieser fortwährend Geldentwertung ein Adressenschreiber sich absperrn lassen soll, davon erzählt uns einer, der es kennengelernt hat. Bei dem bekannten Adressenverlag Lehmer zahlte man ihm pro tausend Adressen innerhalb Deutschlands 2500 M., dazu als Teuerungsausgleich einen Zuschlag von 10 Proz., also pro Laufend 1980 bzw. 2750 M. Infolge der trüben Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und unter dem Druck der Rotwilligen die meisten Arbeitssuchenden in solche Lohnsätze ein und viele hoffen auch, dabei ein einigermaßen menschenwürdiges Einkommen erreichen zu können. Unser Gewährsmann brachte es aber bei einer von 8 bis 4 Uhr dauernden Arbeit in dem Bureau Lehmer nur auf 500 bis 600 Adressen pro Tag, so daß er einen Tagesverdienst von etwa 1000 M. hatte, wovon noch die Versicherungsbeiträge und die Steuern abgingen. Dabei war er keiner von den ungeliebten Adressenschreibern, die natürlich zunächst nicht viel leisten, sondern er hatte schon ein paar Jahre Adressenschreiber hinter sich. Selbst Beute, die ihre acht Stunden in dem Bureau arbeiteten und dann noch Arbeit für die Abende und für den Sonntag mit nach Hause nahmen, erreichten noch lange keinen Verdienst, der eine menschenwürdige Existenz ermöglicht hätte. Noch schlimmer geht es bei einer Adressenfirma Max John zu. Sie zahlt sogar nur 1500 M. pro Laufend, so daß man bei 500 bis 600 Adressen pro Tag noch nicht den Wert des ehemaligen „Fünftelgroßbrotens“ verdient.

Richtfest des neuen Gewerkschaftshauses.

Das neue Gewerkschaftshaus, das der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Berlin in der Wallstraße an der Ecke der Inselstraße baut, wurde am Sonnabend gerichtet. Wir erfahren hierüber erst nachträglich durch einen Teilnehmer des Richtfestes, der uns eine Schilderung sendet und gleichzeitig über einen Bubenstreich berichtet. Er schreibt: „Als am Sonnabend um 1 Uhr die Trillerpfeife unseres Postlers ertönte, stiegen auf dem Baugerüst zwei Fahnen in Rot und Schwarzrotgold an den hohen Masten auf. Alle Arbeiter des ADGB-Neubaues strömten zusammen und begaben sich auf das Dach, um den Ansprachen zu lauschen, die der Zimmerpolier Hamilit und der Zementierer Michaels hielten. Es war eine Stunde der wirklichen Beize. Nach den Ansprachen zogen wir geschlossen zu dem alten Gewerkschaftshaus am Engelwer, um dort die Festlichkeit fortzusetzen. Leider sollte uns am Abend eine böse Ueberraschung beschieden sein. Glende Buben stahlen unsere schönen Fahnen, die jetzt einen bedeutenden Wert haben. Der Diebstahl wurde in der Abendstunde zwischen 6 und 7 Uhr ausgeführt, obwohl dort seit 1/2 Uhr ein Angestellter der Wache und Schließgesellschaft stationiert war. Welche Halunken mögen die Fahnen geraubt haben? Wahrscheinlich haben sie sich dabei von ihrem Haß gegen das Rot und das Schwarzrotgold leiten lassen.“

Schwerer Autounfall. Am Sonnabend nachmittag gegen 4 1/2 Uhr fuhr das mit 5 Personen, einer Dame und vier Herren, besetzte Auto des Direktors Feuer aus Waagen in der Nähe der Haltestelle Gohlitz bei Bötzen beim Ausbiegen vor spielenden Kindern gegen einen Dreifachwagen, wodurch die Herren Rudolf Purtsch, Geschäftsführer vom Schauburg-Palasttheater Görlitz, Wack, Himmelschaulpfeiler bei demselben Theater und der Waagener Schauspieler Fernando herausgeschleudert wurden. Purtsch war auf der Stelle tot. Fernando wurde in Schwere verletzt. In Folge seiner Verletzungen erlanger er, während Wack mit leichten Verletzungen davonkam. Der Besitzer des Autos Direktor Feuer und ein Fräulein Reiningen aus Görlitz blieben unverletzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wichtig, Kreisvorsitzende. Die Kassierer des 10., 13., 17. und 20. Kreises haben das vierte Quartal 1922/23 noch immer nicht abgerechnet. — Der Kassierer der 138. Abteilung, Legel, hat trotz mehrfacher Aufforderung auch noch immer nicht die Adresse des Inhabers der Sammelleiste Nr. 2208 für den Kampffonds angegeben. — Wir erlauben die Funktionäre, energisch auf prompte Erledigung der Kassengeschäfte zu dringen. J. H. Weg. Pagels.

Morgen, Mittwoch, den 9. Mai:

- 13. Abt. 7 1/2 Uhr: Abblenden in den bekannten Lokalen.
- 14. Abt. Die Verhandlung des am 3. Mai verunglückten Genossen Paulus Wandel nachm. 7 1/2 Uhr auf dem „Neuen Marienfirchhof“ Krematorium 208.
- 15. Abt. Bezirks 137/26 7 1/2 Uhr: Abblenden bei Barthold, Friedenstr. 88. Thema: „Frauenbewegung“. — Beginn 190 bei Albrecht, Straßmann-Gäß, Wilhelm-Str. 10/11.
- 16. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Bezirksversammlung Schulze Postelstr. 10/11. Vortrag des Genossen Wecker.
- 17. Abt. Friedenau. Die Verhandlung unseres Genossen Wilhelm Fildgen findet nachm. 3 Uhr auf dem Schöneberger Friedhof statt.
- 18. Abt. Marienfelde. 7 1/2 Uhr: Abblenden bei Schuler, Str. 68. Referent: Gen. Reumann.
- 19. Abt. Baumgartenweg. Die Generalversammlung findet nicht wie angegeben im Museum, sondern bei Saß, Baumgartenstr. 72, statt.
- 20. Abt. Lichterfeld. 7 1/2 Uhr: im Jugendheim, Gemeindehalle Marktstr. 10/11, Jugendversammlung. Thema: „Der 1. Mai und der Gottesdienst in der Natur“. Referent: Gen. Behmer. Die jugendlichen Genossen werden hierauf aufmerksam gemacht.

Gewerkschaftsbewegung

Die Eisenbahner warnen die Regierung.

Eine am 7. Mai stattgefundene Konferenz der Zahlstellenleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin, beschäftigte sich eingehend mit der trostlosen wirtschaftlichen Lage des Eisenbahnpersonals. Die Vertreter aus den Betrieben wiesen auf die allseitig starke Erregung hin, welche die Regierung mit ihrer jüngsten Lohn- und Gehaltspolitik unter den Eisenbahnern ausgelöst hat. Die Bewegung innerhalb der Betriebe gegen diese Politik wird mit jedem Tage stärker, und die Verzögerung der angeforderten Verhandlungen zur Neuregelung der Einkommensbezüge über diese Woche hinaus müsste den spontanen Ausbruch schärfter Kämpfe zur Folge haben. Die Geduld des Eisenbahnpersonals sei erschöpft!

Die Konferenz erachtet es für ihre Pflicht, die Regierung in letzter Stunde noch einmal auf den gefährlichen Ernst der Lage hinzuweisen. Um den Eisenbahnbetrieb vor Erschütterung zu bewahren, verlangt sie die sofortige Einleitung von Verhandlungen und die Festsetzung der Personalbezüge auf eine existenzmäßige Höhe.

Falls die Regierung dieser dringenden Mahnung kein Gehör schenken sollte, wird die Ortsverwaltung ersucht, die Führung in dem unvermeidlichen Kampfe um die Existenz der Eisenbahner zu übernehmen. Strenge Pflicht der Mitgliedschaft ist es, sich zu keinerlei Teilsaktionen, welche nur eine Kräftezersplitterung bedeuten würden, hinreißend zu lassen, sondern sich strikte an die Anweisungen der zuständigen Verbandsinstanzen zu halten.

Tarifverhandlungen der Bautechniker.

Die dem Bund der technischen Angestellten und Beamten angehörende Fachgruppe der Hoch-, Beton- und Tiefbautechniker beschäftigte sich in einer zahlreich besuchten Versammlung am Montagabend im „Nordischen Hof“ mit Tarifangelegenheiten. Schulz referierte über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. In seinen Ausführungen machte er davon Mitteilung, daß es nach langen Bemühungen gelungen sei, einen Reichstarif zustande zu bringen, der immerhin einige wesentliche Verbesserungen enthalte. So dürften sich aus seinen Bestimmungen über den Urlaub Vorteile für die meisten Bezirke ergeben. Hinsichtlich der Eingruppierungen sei alles so ziemlich beim alten geblieben. Nachdem nun der Reichstarif vorliege, müsse eine Erneuerung der Tarife in allen Bezirken stattfinden. Berlin werde einen erweiterten Geltungsbereich erhalten, indem Potsdam, Rowanow, Großbeeren, Belten und Oranienburg hinzukommen. Damit kommen diesen Orten auch Berliner Gehaltsätze zu. Für die Regelung der Gehaltsätze sind von den Vertretern der Kollegenschaft 25 Proz. auf die Märzgehälter gefordert worden. Heute sollen Verhandlungen stattfinden. Die regelmäßige Arbeitszeit soll 48, bei durchgehender Arbeitszeit 46 Stunden wöchentlich betragen. In Berlin soll ein Tarifamt werden, das aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern bestehen und unter dem Vorsitz eines Unparteiischen entscheiden soll. Als Unparteiischer ist Gewerbetar Köhner gewählt worden. Von den Arbeitgebern sei besonderer Wert auf eine Sozialzulage gelegt worden. Die Vertretung der Kollegenschaft habe sich aber gegen diese Zulage ausgesprochen. Es sollen bis 10 000 M. monatlich gewährt werden. Sollte auch die Versammlung nicht mit dieser Zulage einverstanden sein, so würde es sich fragen, ob die Kollegen-

schaft geneigt sei, sich einem Schiedsspruch des Haupttarifamts zu unterwerfen.

Die hierauf eingehende Diskussion hatte zum Ergebnis, daß bei der Abstimmung die Sozialzulage, weiter aber auch ein Schiedsspruch des Haupttarifamts abgelehnt wurde. Damit ist die Schaffung eines einheitlichen Tarifs für Hoch-, Beton- und Tiefbau gescheitert. Die alten Verträge müssen also noch in Geltung bleiben. Vor Schluß der Versammlung wurden noch die Wahlen zum Fachgruppenausschuß, für die Schlichtungsinstanz und das Tarifamt vollzogen.

Streitgefahr im Bauhölzereigewerbe.

Die Bauhölzer und Kollegen aus den Betrieben für gelöschte Bleche nahmen am Montagabend im Metallarbeiter-Verbandsbau Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen, über die von Benjter und Krüger berichtet wurde. Durch Schiedsspruch im April wurde den Bauhölzern das Recht zuerkannt, neue Lohnforderungen für die zweite Aprilhälfte geltend zu machen, wenn eine wesentliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse im Laufe der festgesetzten Tarifzeit eintreten sollte. Auf Grund dieser Klausel stellten die Vertreter der Arbeiterschaft neue Forderungen, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurden. Der Schlichtungsausschuß erhöhte die Zulage der Kolonnenführer von 10 auf 60 M., wies jedoch die anderen Forderungen ab. — Hierauf stellten die Vertreter der Arbeiterschaft neue Forderungen an die Arbeitgeber und wandten sich, als diese keine Zugeständnisse gewähren wollten, wieder an den Schlichtungsausschuß. Dieser fügte am 5. Mai einen Spruch, der folgendes bestimmte: Die Facharbeiter über 20 Jahre erhalten auf den bestehenden Stundenlohn (der 1933 M. beträgt) eine Zulage von 100 M. (die Vertreter der Arbeiter hatten 300 M. gefordert). Junggeheilen im ersten und zweiten Jahre und Frauen über 21 Jahre 100 M., ebenfalls Transportarbeiter über 21 Jahre. Für jugendliche männliche und weibliche Arbeitskräfte im Alter von 18 bis 21 Jahren beträgt die Zulage 60 M. und für die von 16 bis 18 Jahren 30 M. Der Spruch hat die Zustimmung der Arbeitgeber gefunden, ist aber von einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeiter abgelehnt worden. Die Stimmung der gestrigen Branchenversammlung war ebenfalls entschieden gegen die Annahme. Nach einer längeren Aussprache wurde das Angebot als unzureichend verworfen. Heute (Dienstag) findet noch eine Abstimmung in den Betrieben statt. Im Falle der Ablehnung soll am Mittwoch in allen Betrieben die Arbeitseinstellung erfolgen.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Die letzte Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt eine eingehende Darstellung der Vorgänge, die zum Ausschluß von drei Angestellten geführt haben. Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung von Renscheid, ein Mitglied der KPD, war von dieser ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß wurde damit begründet, daß der Bevollmächtigte gegen den Betriebsrat der KPD, und gegen einige wilde Streiks Stellung genommen hatte und daß er die Verhandlungen über den Rahmentarif erst nach Verständigung mit der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes abgebrochen hat.

Dieses Urteil, das von einem Angestellten des Metallarbeiterverbandes die Vertretung der Statuten und die unbedingte Unterwerfung unter die Befehle der KPD fordert, wurde unter Mithilfe von zwei Geschäftsführern des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Renscheid beschlossen. Diese beiden Geschäftsführer haben damit also ausgesprochen, daß sie gegen die Bestimmungen der Gewerkschaft, von der sie angestellt sind, handeln müssen. Der eine dieser Geschäftsführer ging so weit, in einer Generalversammlung von allen Angestellten des Verbandes ein Bekenntnis zum kommunistischen Betriebsratetongreß zu fordern.

Als nun der Bevollmächtigte aus der KPD ausgeschlossen war, wurde eine Generalversammlung einberufen und zwar ohne die statutenmäßige Frist einzuhalten und in dieser die Kündigung des Bevollmächtigten beschlossen. Da bisher keinerlei Beschwerden gegen die Amtsführung des Bevollmächtigten vorliegen, beschloß der Vorstand die Amtsenthebung als unzulässig zu erklären. Darauf erschien eines Tages ein kommunistisches Ueberfallkommando auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes und stellte dem Bevollmächtigten fünf Minuten Frist, das Bureau zu verlassen, anderenfalls er mit Gewalt hinausgemordet würde. Mit diesen Worten stand der zweite Bevollmächtigte in Verbindung, der gleichfalls der KPD angehört.

Um eine geordnete Geschäftsführung in der Renscheider Ortsverwaltung zu sichern, schickte der Vorstand des Metallarbeiterverbandes einen Vertreter nach Renscheid, gegen den gleichfalls das kommunistische Ueberfallkommando in Aktion trat. Freilich ohne Erfolg. Zwei Vorstandsvertreter, die sich in Renscheid aufhielten, wurden dauernd von diesem Stoktrupps verfolgt. Das sind die Praktiken der Moskowiter gegenüber Andersdenkenden, sobald sie sich in der Freiheit befinden. Die Gewerkschaften sind für sie nur untergeordnete Organe der KPD, die deren Parolen auszuführen haben, auch wenn sie dabei zugrunde gehen.

Gaulkonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Am Sonntag fand in Berlin in den Räumen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Konferenz der Vertreter der in den Provinzialbehörden Beschäftigten statt. Die anwesenden Delegierten stellten mit Befriedigung fest, daß die innerhalb des Verbandes getroffenen Einrichtungen den wichtigsten Wünschen entsprechen; insbesondere wurde auch Stellung genommen zu dem seitens des Unterbeamten-Bundes im März versandten Flugblatt. Die Konferenz erklärte den Inhalt dieses Rundschreibens als eine bewußte Verletzung der Kollegenschaft. Die Konferenz erklärte weiter, daß sie nach wie vor dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter volles Vertrauen entgegenbringe und forderte alle Ortsgruppen des Provinzial-Unterbeamten-Bundes auf, ebenfalls zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter überzutreten. Die Versammelten waren überzeugt, daß nur der Zusammenschluß im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ihre wirtschaftliche Lage verbessern kann.

Dann referierte Stetter über Beamtenorganisation und Beamtenvertretung und erläuterte eingehend den vorliegenden Entwurf des Beamtenrätegesetzes. Die Anwesenden versprachen, die Vorarbeiten in dieser Beziehung zu tun, um auch später wie bei der Arbeiterschaft eine wirkliche Betriebsvertretung zu ermöglichen.

Sodann wurde beschlossen, eine Bezirksleitung der Reichsleitung Gebührensachen in der Provinz Brandenburg zu schaffen und in der nächsten Konferenz diese Bezirksleiter definitiv zu wählen. Ueber die Beitragsfrage und den Verdrängungen des Unterbeamten-Bundes ging die Versammlung zur Tagesordnung über und stellte fest, daß niedrige Beiträge sich nicht mit dem Gedanken gewerkschaftlicher Betätigung vereinigen lassen.

Die Versammlung kann als gelungen bezeichnet werden und steht zu erwarten, daß durch die Verbreitung und Vertiefung des freien Gewerkschaftsgedankens innerhalb der Brandenburgischen Provinzialbehörden auch in ganz kurzer Zeit die noch abseits stehenden Instanzen sich ebenfalls geschlossen in unseren Reihen einfinden werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zeitweise aufklarend, aber ziemlich kühl und überwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Gleditsch, Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2

Lichtspielhaus Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 55/56, Ecke Postallee. • Fernruf: 2111/6511

Täglich Vorführung erstklassiger Filmwerke
Vorzugsweise musikalische Darbietungen, Angenehmer Aufenthalt.
Uhrzeit: Wochentags 1/2 Uhr, Sonntag 1/4 Uhr
Beginn: Wochentags 7 u. 9 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Dienstag bis Donnerstag:
Marlo, der Ringer des Mikado.
Emotionelles Drama in 6 Akten.

Das größte Zugstück der Welt.
Drama in 5 Akten.

Drei Schlager!!

Gut — billig — reell

Jackett-Anzüge	aus haltbaren Stoffen, in best. u. buntl. Farben	58000
Jackett-Anzüge	aus prima Stoffen, aus Wollserge geard, dek. u. nerrig. Größ 1. bis 3.	110000
Jünglings-Anzüge	Jacke u. Sportform, in allen Qualitäten	48000
Sport-Anzüge	in Verarbeit. u.	118000
Sommer-Mäntel	aus modernem Material, mit Kältehalten u. Gurt.	68000
Covercoat-Paletots	in best. Verarb., 125 000 125 000 115 000	78000
Gummi-Mäntel	aus gut. Stoffen mit best. Gummirung gefest.	78000
Herrn-Hosen	aus besten u. gekreist. Baumwollstoffen besserer Qual. bis g. h. best. Maßh.	14000

Gardinen • Wäsche • Pelze

Gold Silber Platin Brillanten
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Zur **Verlobung**

Trauringe

Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an.
Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Edel-
umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen
von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden

Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringefabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydelstraße 3 (Spittelmarkt)

Willst du preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Rosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25

Weit unter halbem Tagespreis

Zähne

Mark 4000 und 5500

Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gaumen. Kulante Zahlungsvereinbarung. Keine Luxuspreise. Goldkronen v. 50000 M. an. Ersatzkronen 10 000 M. Zahnziehen m. Betäubung b. Bestell. v. Gebissen gratis

Katvani, Danziger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee, Hochbahnstation
Bei Bestellung Vorzeiger 10 Proz. Rabatt. Bis
jetzt über 15000 Gebisse v. voll. Zufriedenheit geliefert

Damen-Mäntel

vom schönen bis elegantesten Model

28000	38000	58000	78000
98000	125000	145000	

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten
Zahngelisse zahlr. unüberbleibbare Preise

R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Gewinn-Auszug

21. Preussisch-Süddeutschen (247. Preussischen) Klassen-Lotterie
A. Klasse 18. Ziehungstag 7. Mai 1923

Oben Gewinne, Nachtrag verboten.
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

2 zu 5 Millionen M 195976
2 zu 100 000 M 117137
14 zu 50 000 M 85366 118908 143983 240347
207711 280382 302156
70 zu 30 000 M 4265 8641 12090 10563 70852
74405 77690 91440 92295 143278 148533 150823
158521 160463 179322 180030 194068 207109 218331
224690 230420 282344 302714 302997 306069 317264
327810 335064 342243 343929 345328 349204 351964
352343 355784

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

2 zu 30 Millionen M 22019
2 zu 250 000 M 150286
2 zu 100 000 M 351848
8 zu 50 000 M 114281 148667 305164 319562
98 zu 30 000 M 3811 4953 6908 7658 8363
17928 25076 25618 32418 36924 38074 44399 58294
59264 76415 105434 156533 178787 194963 202787
204792 205800 209651 207555 211351 211623 213441
224002 233124 238501 245858 248209 257924 259366
263046 247858 248822 249097 251198 251474 258136
273590 279507 291759 309673 315279 329138 330009
373066

Solange Vorrat reicht, Mengenabgabe vorbehalten.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung ohne Preiszuschlag!

Riesenauswahl! Fahrtvergütung! Riesenauswahl!

Kleczewski

127 Wilmersdorfer Straße 127
Ecke Schillerstraße, erste Etage, am Bahnhof Charlottenburg

47 Boxhagener Straße 47
Ecke Holteistraße, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Reste-Haus C. Pelz
Kollnauer Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Häute

2% Rabatt!

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Cover-
coats, Tuche, moderne Streifen,
Voll-, Musseline usw.
Aelder- u. Futter-Seiden
schwarz und farbig.

Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Entzückende Modelle in Damenhüten
einfache und elegante, kaufen
Sie vorteilhaft direkt in
Ecksteiners Hutfabrik, Invalidenstrasse 33
Ecke Chausseestraße.
Kein Laden, — eine Treppe.
Eigene Umpresserei.

Zeitungs-papier
gebünd. kg 250.
Ganz- u. Weis-
tempen flechten
Hohe Preise
Neukölln Weier-
str. 178
Blagelsh. Reinholden
Fernspr.: Reut. 281.

Restehandlg. Haarpuder
Galtstr. 2 a. d. Franz-
osenstr. 2
Nerven- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterartikel
bestens und unter Preis

Fahrtvergütung!

Eine Sensation!

Der Dollar steigt
meine Preise bleiben unverändert billig!

RIESEN-AUSWAHL!

Herrn-Anzüge	275 000, 195 000, 135 000, 85 000
Jünglings-Anzüge	145 000, 95 000, 58 000
Sommer-Schlüpfer	145 000, 95 000, 68 000
Gummi-Mäntel	185 000, 135 000, 85 000
Hosen	45 000, 28 000, 18 000, 12 500

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTEBURG 133
Wilmersdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!